

Bedingungsloses Grundeinkommen

–

eine soziale Alternative?

www.wipo.verdi.de

Bedingungsloses Grundeinkommen

Grundeinkommen, bei dem fünf Kriterien erfüllt sind:

- allen Menschen zustehend (Wohnsitzbedingungen?)
- individuell garantiert (kein Haushaltsbezug)
- ohne Bedürftigkeitsprüfung und Anrechnungen
- ohne Arbeits- oder andere Tätigkeitsverpflichtung
- Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichernd (mind. 1050/1080 € monatlich, Kinder ggf. weniger)

Problem: Gesellschaftlich, ökonomisch und politisch ist nichts „bedingungslos“, das kann man nicht „wegbeschließen“. Die BGE-Konzepte gehen nur von den Individuen aus und beruhen auf Mythen und Behauptungen, die kritischer Prüfung nicht standhalten.

Varianten des Bedingungslosen Grundeinkommens

	Soziale/linke Varianten, z.B. BAG SHI, LINKE BAG oder Attac AG	Neoliberale Varianten, z.B. Bürgergeld Althaus o. Straubhaar, G. Werner
Höhe	existenzsichernd, 1000 – 1500 € monatlich	bestenfalls ALG II-Niveau max. 1000 € (- 200 € KV)
Sozialversi- cherungen	bleiben erhalten	werden abgeschafft
Mindestlohn, Arbeitsrechte	bleiben erhalten	werden (weitgehend) abgeschafft
Finanzbedarf pro Jahr und Finanzierung	brutto 900 - 1500 Mrd. € Einsparung mancher Sozialleistungen und „Bürokratie“, höhere Steuern/Abgaben auf Einkommen und Kapital	brutto 500 – 900 Mrd. € Einsparung weitgehend der Sozialversicherungen und bisherigen Soziallei- stungen, ggf. höhere MWSt u.a. Massensteuern
Verteilungs- wirkung	Umverteilung von oben nach unten beabsichtigt	massiv lohnsenkend, Abbau sozialer Standards
Realismus	keine Chance	eher unwahrscheinlich

Ist BGE erforderlich und geeignet?

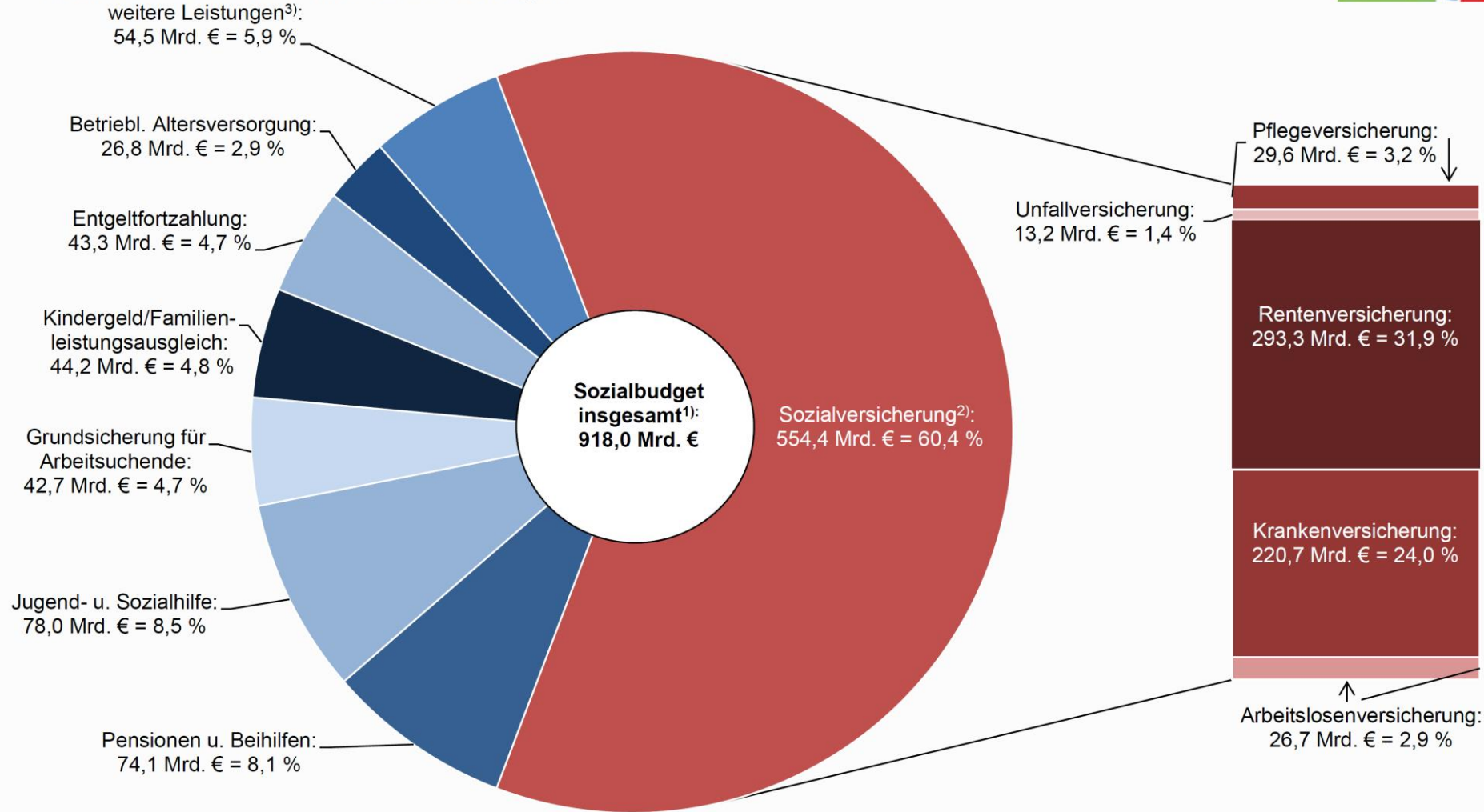
- gegen Armut? – verbesserte bedarfsdeckende Sozialleistungen, höhere Löhne und Renten und Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge und sozialer Dienstleistungen sind besser und realistischer.
- BGE würde ganz überwiegend an Menschen gezahlt, die bereits andere hinreichende Einkommen haben und das Geld nicht brauchen. Das ist das Spezifische.
- gegen Ausgrenzung? – Geld reicht nicht. Arbeit ist zentral, bringt soziale Integration und Anerkennung. Erwerbslosigkeit macht weiter Druck auf die Menschen, schwächt Lohnabhängige und Sozialstaat.
- Neoliberale BGE-Konzepte sollen v.a. das Kapital von Arbeitnehmerrechten und Tarifverträgen, Sozialversicherungen und sozialen Verpflichtungen befreien.

Finanzierungsprobleme eines BGE I

- Ein soziales BGE würde noch einmal so viel kosten wie der gesamte bestehende Sozialstaat, oder wie Bund, alle Länder und Gemeinden bisher ausgeben.
- Bei einem monatlichen BGE von 1000 € würde dies brutto etwa 1 Billion € im Jahr kosten. Nur etwa 100 Mrd. € an Sozialleistungen könnten wegfallen. Netto blieben also rund 900 Mrd. € Mehraufwand im Jahr.
- Sozialversicherungsleistungen beruhen auf durch Beiträge erworbenen eigentumsähnlichen Ansprüchen, die nicht einfach gestrichen werden können. Es wäre auch nicht gerecht und nicht bedingungslos.
- Es geht dabei um laufende Einkommen und Umverteilung. Die „Staatsquote“ am Bruttoinlandsprodukt würde von 44 auf über 70 Prozent steigen.

Struktur der Sozialleistungen nach Leistungsarten 2016*

In Mrd. Euro und in % aller Sozialleistungen



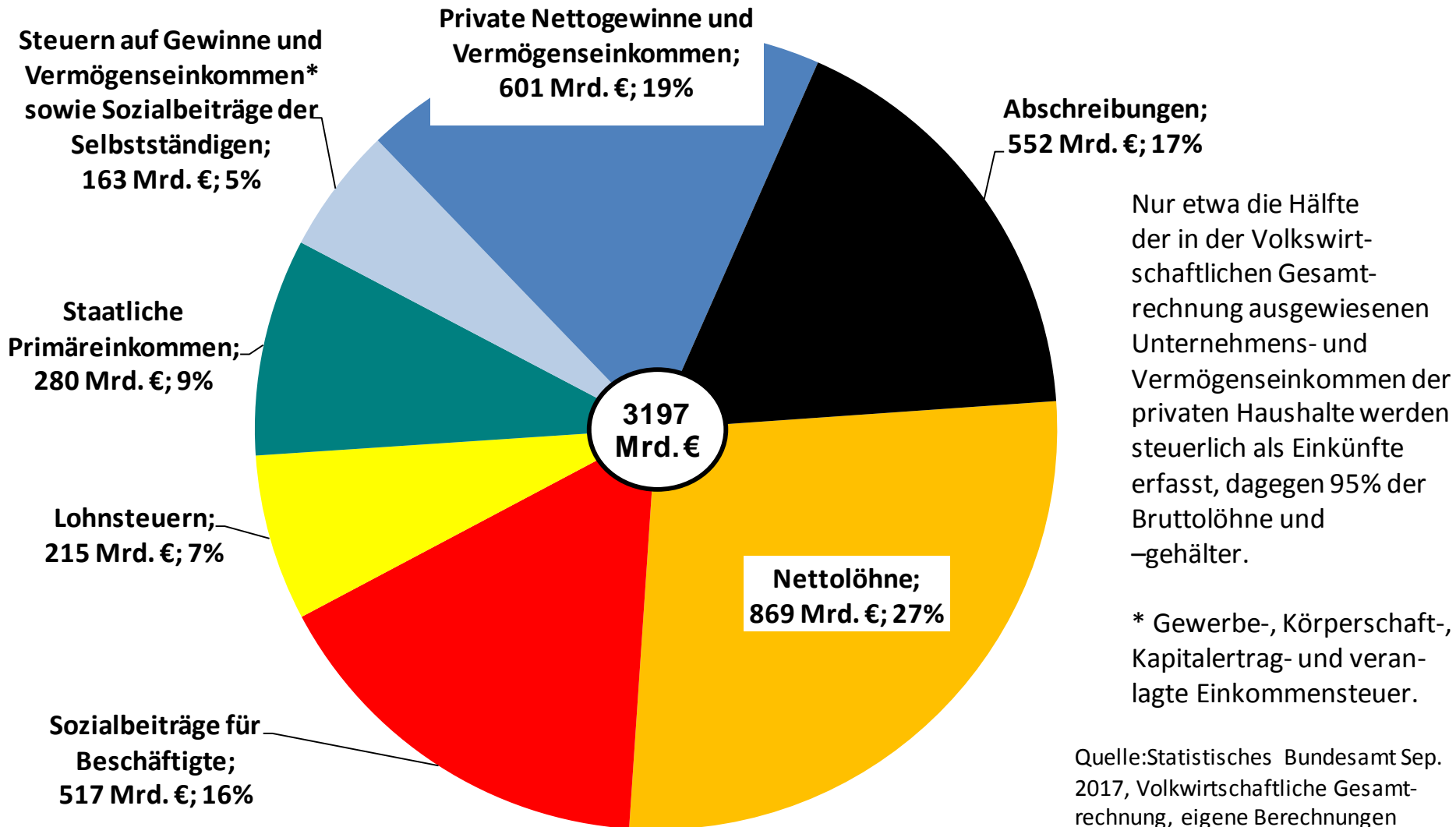
*) Geschätzte Werte ¹⁾ Sozialbudget insgesamt und Allgemeine Systeme konsolidiert um Beiträge des Staates ²⁾ Ohne wechselseitige Verrechnung der einzelnen Institutionen. Summenbildung deshalb nicht möglich. ³⁾ u.a. Wohngeld, BAföG, Elterngeld, PKV
 Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017), Sozialbudget



Finanzierungsprobleme eines BGE II

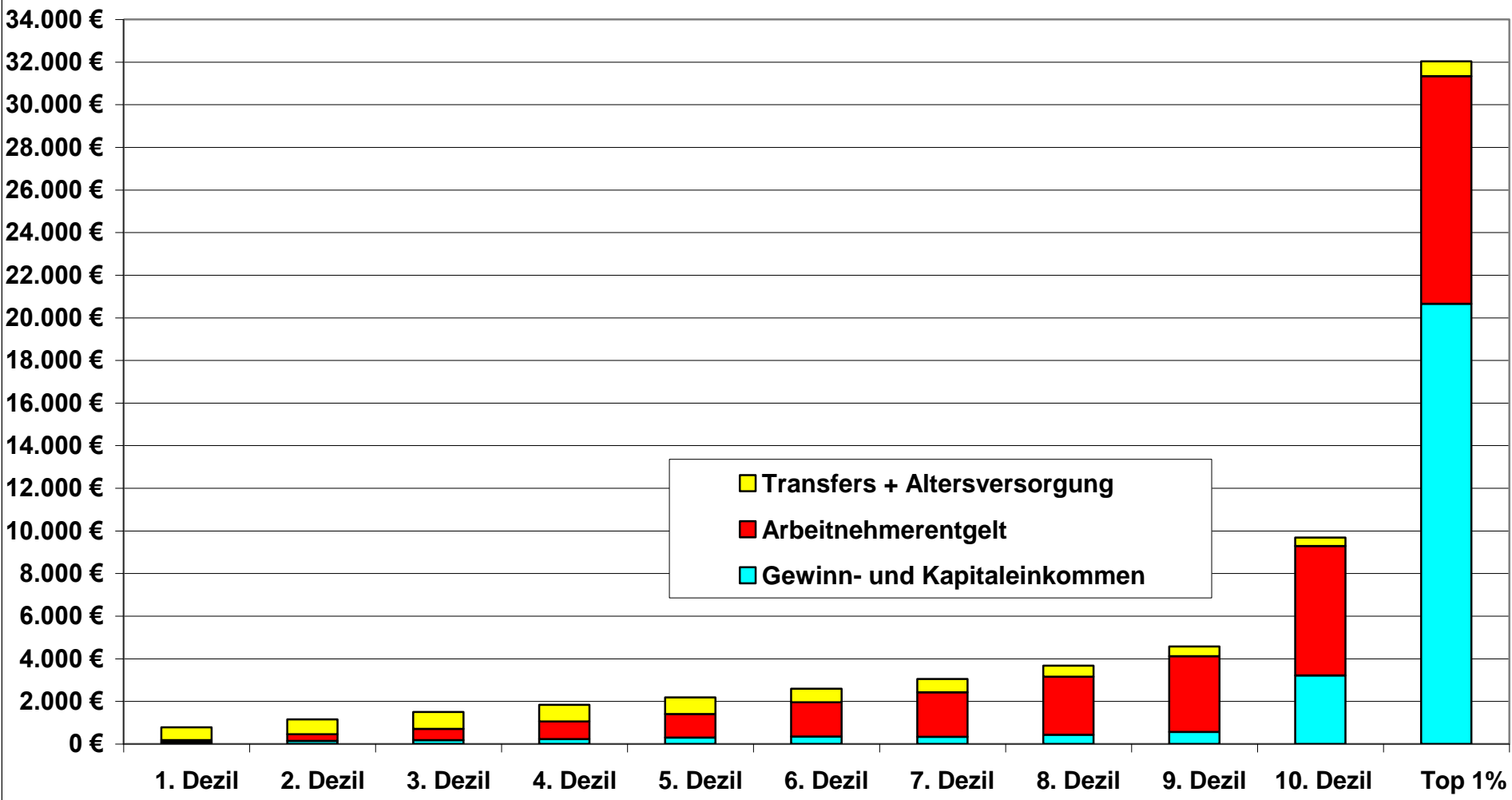
- Ein BGE müsste immer aus dem durch Erwerbstätigkeit produzierten Volkseinkommen finanziert werden, d.h. in letzter Instanz zu Lasten der (Kaufkraft der) Löhne oder der Gewinn- und Vermögenseinkommen.
- Für ein soziales/linkes BGE wären extreme Abgabenbelastungen aller Einkommen oder Umsätze nötig.
- Das würde extrem verschärfte Kontrollen erfordern.
- Wertschöpfungsabgaben/Maschinensteuern bieten keinen Weg daran vorbei. Es bleibt immer eine gesellschaftliche Verteilungsauseinandersetzung.
- Den Löwenanteil eines BGE müssten unvermeidlich die Beschäftigten finanzieren. Bei 1000 € BGE bliebe nur ein Bruchteil der bisherigen Nettolöhne übrig.

Bruttonationaleinkommen Deutschlands 2016



Durchschnittliches Haushaltsbruttoäquivalenzeinkommen je Monat Deutschland 2015

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: DIW: Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik, fortgeschrieben auf 2015, eigene Berechnungen.

Finanzierung eines BGE von 1000 Euro monatlich - Beispielrechnung für 2016

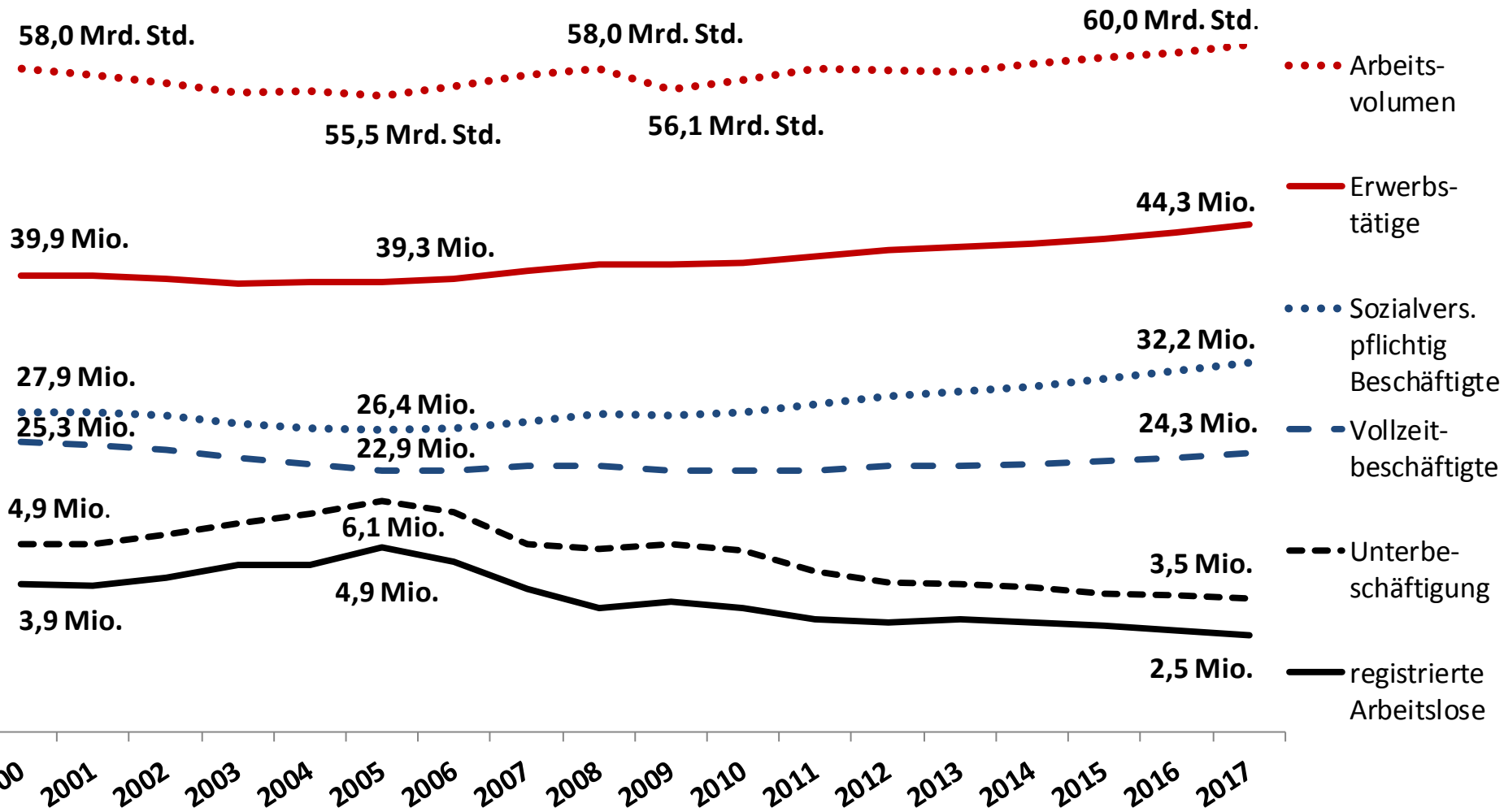
- Kosten ($1000 \text{ €} * 12 * 83 \text{ Mio.}$) ca. 1000 Mrd. €
- Entfallende Einkommensleistungen (Sozialbericht Tab. III-1) ca. 100 Mrd. €
- Verdopplung der Steuern auf Gewinne und Vermögenseinkommen ca. 160 Mrd. €
- 44% zusätzliche Steuern auf alle Bruttolöhne ($44\% * 1311 \text{ Mrd. €}$), = Gesamtabgaben von 34% auf 78% ca. 580 Mrd. €
- 44% zusätzliche Steuern auf Alters-einkommen ($44\% * 387 \text{ Mrd. €}$) ca. 170 Mrd. €



Erwerbsarbeit ist und bleibt Grundlage

- BGE würde wie jede Geldleistung auf Warenproduktion = Wertschöpfung = Einkommen durch Erwerbsarbeit beruhen. Entkopplung geht nur für einzelne. BGE wäre keine „emanzipatorische Alternative“.
- Trotz Digitalisierung wird es auch in den kommenden Jahrzehnten kein „Ende der (Erwerbs)Arbeit“ geben. Die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwächse sind sogar schwächer als früher.
- Erwerbsarbeit nimmt zu, hierzulande und global. Rückgänge liegen an ökonomischen Krisen. Problem ist die Prekarisierung, und die ist kein Sachzwang.
- Erwerbsarbeit bringt auch im Kapitalismus soziale Einbindung, Anerkennung, Selbstbestätigung und höhere Einkommen als ein BGE könnte.

Erwerbstätigkeit und Unterbeschäftigung in Deutschland

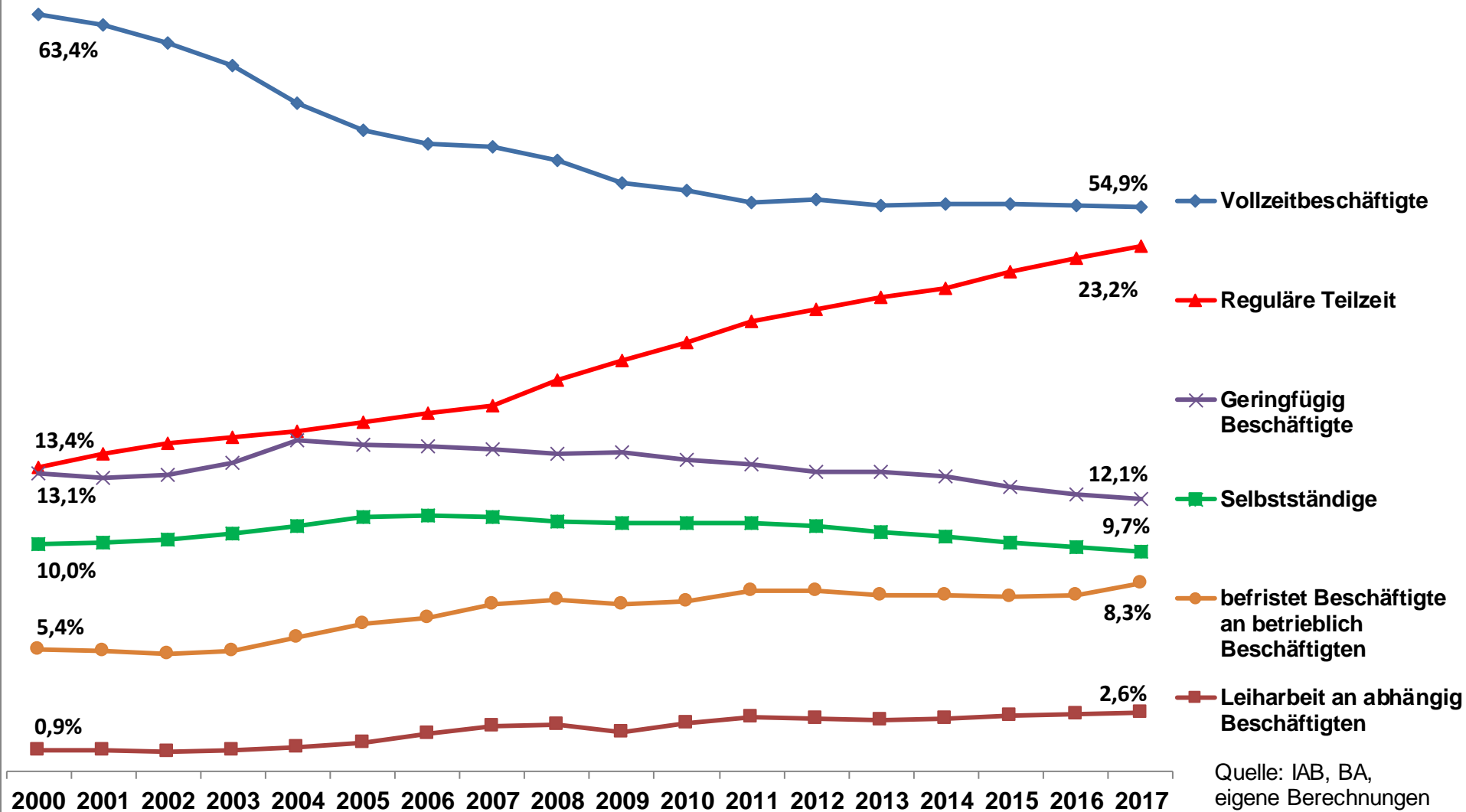


Quelle: Statistisches Bundesamt, IAB, Bundesagentur für Arbeit, 2018

Mehr atypische Beschäftigung - weniger Vollzeit

Anteile von Beschäftigungsformen an den Erwerbstätigen 2000 - 2017

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: IAB, BA, eigene Berechnungen

Politische Widersprüche und Probleme

- BGE würde wie Betreuungsgeld für alle wirken und so Frauenemanzipation eher entgegenstehen.
- Zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern gibt es keine gleiche „Augenhöhe“, auch mit BGE nicht. Nötig sind kollektive Aktionen und Regelungen. Doch BGE setzt auf Individualisierung und würde die schwächen.
- klingt gut, ist aber unrealistisch und funktioniert nicht.
- Risiko neoliberale Variante: Armuts-Geld, Zerschlagung sozialer Rechte, Regulierungen & Sicherungen
- Neue gute Arbeitsplätze für soziale Dienste, Bildung, Öko-Umbau & verbesserte repressionsfreie Mindestsicherung sind besser, finanzierbarer, bündnisfähiger
- Ablenkung von den realen Kämpfen & Alternativen, Spaltungspotenzial in sozialer & linker Bewegung.

Was für ein soziales Konzept ist nötig?

- Problemen angemessen, umsetzbar, realistisch
- Verbindung mit realen betrieblichen, sozialen und politischen Kämpfen um Tarife, Personal, Rente ...
- breit bündnis- & mobilisierungsfähig: Beschäftigte/ Gewerkschaften & Erwerbslose, RentnerInnen, Lernende, Eltern und andere Betroffene
- Bedarfsdeckende repressionsfreie Mindestsicherung, gute Arbeit, höhere Löhne und Renten, Sozialstaat ausbauen & Öko-Umbau: mehr Arbeit & bessere Bildung, Gesundheit, Soziales, Umwelt
- Finanzierung: gerechte Verteilung, höhere Besteuerung von Reichen und Kapital, Bürgerversicherung
- ❖ Problem: komplex, keine einfache Globalalternative